

Thema des Monats

Dem Bau gehen die Aufträge aus – Investitionsstreik macht sich breit

„Dem Bau gehen so langsam die Aufträge aus. **Der aktuelle Auftragsbestand wird von den Bauunternehmen noch sukzessive abgebaut, es kommt aber immer weniger nach.** Der Auftragseingang, woraus sich künftige Umsätze und Gewinne speisen, wies im April abermals einen realen Rückgang aus. Das war mittlerweile der dreizehnte Monat in Folge. Es ist somit kein Wunder, dass nun auch der Umsatz zweistellig im Minus ist.“ Mit diesen Worten kommentiert der Hauptgeschäftsführer der BAUINDUSTRIE, Tim-Oliver Müller, die aktuellen Konjunkturindikatoren für das Bauhauptgewerbe. Demnach hat das Statistische Bundesamt für das deutsche Bauhauptgewerbe für den Monat April 2023 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat einen

Auftragsrückgang von real 10,3 Prozent ausgewiesen. Für den gesamten Zeitraum von Januar bis April ergibt sich mittlerweile ein realer Ordereinbruch von 16,9 Prozent. Sogar im Vergleich zum Vormonat wurde ein Auftragsrückgang von 1,3 Prozent ausgewiesen. Der Umsatz ist nominal zwar mit 2,7 Prozent noch leicht im Plus, aufgrund der nach wie vor stark gestiegenen Baumaterial- und Baupreisen aber um real 10,8 Prozent eingebrochen. Für die ersten vier Monate ergibt sich damit ein Umsatzminus von real 8,9 Prozent.

„Nach wie vor leidet insbesondere der Wohnungsbau unter dem kostenbedingten „Investitionsstreik“ der privaten und gewerblichen Investoren. Hier ist der

[weiter auf Seite 4](#)

BDI-Chef fordert in Hannover „Befreiungsschlag für Unternehmen“

Im Rahmen einer Veranstaltung der Unternehmensverbände Niedersachsen forderte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Prof. Dr.-Ing. Siegfried Russwurm, einen Befreiungsschlag für die Unternehmen, damit sie ihre ganze ökonomische Kraft dem Wettbewerb und den Kunden widmen können.



Prof. Dr.-Ing. Siegfried Russwurm
Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)



Verabschiedung von Dipl.-Ing. Felizitas Skala

Nach 27 Jahren als ehrenamtliches Mitglied im Beirat des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen ist Frau Dipl.-Ing. Felizitas Skala, SKALA Akustik Decken GmbH, auf der Mitgliederversammlung verabschiedet worden.

Präsident Dipl.-Ing. Thomas Echterhoff und
Hauptgeschäftsführer Jörn P. Makko verabschiedeten
Dipl.-Ing. Felizitas Skala.

INHALTSVERZEICHNIS

1 Thema des Monats

Dem Bau gehen die Aufträge aus
Verabschiedung von Frau Dipl.-Ing. Felizitas Skala

2 Kommentar

Werkpoliere in Niedersachsen weiterhin nachgefragt
Weitere Verzögerungen sind nicht zumutbar

3 Forum Nord

Die Uhr tickt – Interview mit Eric Oehlmann

4 Forum Nord

Dem Bau gehen die Aufträge aus (Fortsetzung von Seite 1)
Streiten statt bauen?



WERKPOLIERE IN NIEDERSACHSEN WEITERHIN NACHGEFRAGT

Die Baukonjunktur und der Fachkräftemangel fördert nach wie vor in den Bauunternehmen sehr gute Beschäftigungschancen für Werkpoliere; denn der Werkpolier ist der nachgefragte verantwortliche Mittler zwischen dem Baufacharbeiter und der Bauleitung auf der Baustelle.

Die Teilnehmer der Kommission der Tarifvertragsparteien zur Durchführung von Werkpolier-/Vorarbeiterprüfungen (Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen, Baugewerbe-Verband Niedersachsen und IG Bauen Agrar Umwelt Niedersachsen) begrüßten anlässlich der Jahressitzung Anfang Mai in Hannover diese Entwicklung.

Die gegenüber dem Vorjahr gleichbleibend hohe Nachfrage und Belegung von Werkpolierlehrgängen zeigt deutlich, so Rechtsanwalt Prof. Andreas Biedermann, Geschäftsführer der Kommission der Tarifvertragsparteien zur Durchführung der Werkpolier-/Vorarbeiterprüfungen in Niedersachsen, dass die Unternehmen den

Stellenwert der Werkpolier-Ausbildung anerkennen und hochschätzen und weiter auf qualifiziertes Stammpersonal setzen, das auch bereit ist, Führungsverantwortung zu übernehmen.



Rechtsanwalt Prof. Andreas Biedermann

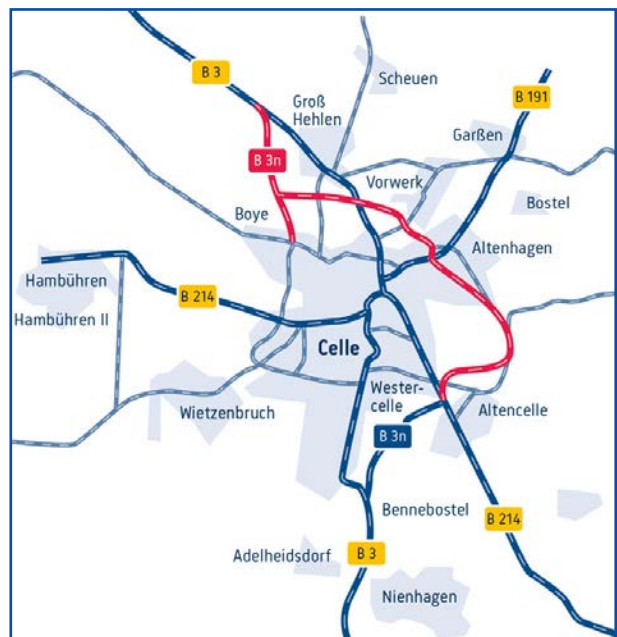
In der vergangenen Lehrgangsperiode haben 150 Teilnehmer die Werkpolierprüfung mit Erfolg absolviert. **Die Vertreter der Tarifvertragsparteien appellieren an die Betriebe, ihr Personal auch weiterhin zu qualifizieren; denn der Fachkräftemangel in der Baubranche bleibt eine der drängendsten Herausforderungen der Zukunft.**

Im kommenden Winterhalbjahr 2023 / 2024 sollen in Niedersachsen auch weiterhin Werkpolierprüfungen in den Fachbereichen Tiefbau, Spezialtiefbau, Rohrleitungsbau, Brunnenbau, Hochbau und Zimmerer sowie in diversen weiteren Spezialbausparten durchgeführt werden.

WEITERE VERZÖGERUNGEN SIND NICHT ZUMUTBAR

Bei der derzeitigen Diskussion um die CO₂-Reduktion auf der Straße wird ein Aspekt viel zu häufig übersehen: Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur trägt erheblich zum Klimaschutz bei. **Nicht zu vergessen: Ein funktionierendes Straßennetz wirkt sich auch hinsichtlich reduzierter Lärmemissionen und erhöhter Verkehrssicherheit positiv auf die Lebensqualität in den Wohnquartieren aus.** Wer die unendliche Geschichte der B3, östliche Ortsumgehung Celle, kennt, weiß davon ein Lied zu singen. Nach einer gefühlt unendlichen Geschichte sind die beiden südlichen Bauabschnitte fertiggestellt, der Abschnitt Mitte ist immer noch im Bau und die beiden nördlichen in der Planung. Jetzt kommt es darauf an, weiteren Verzug zu vermeiden, damit dieses historische Projekt endlich abgeschlossen werden kann. Übrigens bestand dort schon vor gut 100 Jahren der Wunsch nach einer Umgehungsstraße, dafür wurde eine Trasse auf der alten Celler Ostgrenze freigehalten ...

Solch eine unendliche Geschichte darf sich nicht wiederholen! Blicken wir zum Beispiel auf die Landkreise Emsland und Cloppenburg sowie den Städtering Zwolle-Emsland, so muss das Projekt Europaroute 233 dringend voranschreiten. Bereits 2008 hatten Land, Städtering und Landkreise die Durchführung und Finanzierung der Planung abgeschlossen. Es gibt genug starke Argumente, warum seitdem so wenig passiert ist.



Fakt ist aber: Hier geht es um die wichtigste Verbindung zwischen Benelux und Skandinavien, mit Einbindung der Metropolen Bremen und Hamburg. Weitere Verzögerung dürfen wir der kommenden Generation nicht zumuten!

DIE UHR TICKT

Im Gespräch mit Eric Oehlmann, Präsident der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Hannover

Hat die gegenwärtige erneute Diskussion in Zusammenhang mit dem Ausbaustatus Auswirkungen auf die bereits begonnenen Bauarbeiten?

Eric Oehlmann: Die Sanierung der Schnellwege in Hannover ist ein Projekt der Superlative. Technische Aspekte, Investitionsvolumen und Bauzeit machen es zu einem Vorhaben, das es so in der Landeshauptstadt noch nicht gegeben hat. Das gilt auch für unsere aktuelle Maßnahme, den Südschnellweg. Wir haben das große Ziel, unter dem rollenden Rad zu bauen und den Südschnellweg als eine der wichtigsten Verkehrsachsen Hannovers während der Bauzeit offen zu halten. Erschwerend kommt hinzu, dass die Uhr vernehmlich tickt: Die Brückenbauwerke sind nur noch begrenzt haltbar. Die Brücke über die Hildesheimer Straße kann beispielsweise nur noch dank aufwändiger Verstärkung und Abstandsgebot für LKW unter Verkehr gehalten werden.

Trotz dieses hohen Anspruchs läuft die Zusammenarbeit mit den beauftragten Unternehmen der ARGE hervorragend. Alle ziehen an einem Strang und setzen sich mit ganzer Kraft dafür ein, den anspruchsvollen Zeitplan zu halten. Dafür möchte ich allen Beteiligten meinen großen Dank aussprechen.

Die aktuelle Diskussion bezieht sich auf die Ausbaubreite des Westteils des Südschnellwegs, in dessen Verlauf der neue Straßentunnel im Stadtteil Döhren eingebunden ist. **Die NLStBV ist mit mehreren Experten an dem Runden Tisch von Verkehrsminister Olaf Lies beteiligt. Wir bringen uns intensiv in diesen Dialog ein, ohne dabei die Arbeit am Straßentunnel zu vernachlässigen.**

Die weitere Entwicklung wird zeigen, ob und welche Auswirkungen zu erwarten sind. Denn der Westteil ist bautechnisch mit der Tunnelbaustelle verzahnt. Ein Beispiel: Aushubmassen des Tunnels sollen in der Anpassung des Damms im Westteil verwendet werden. Das spart Zeit und Geld und ist darüber hinaus äußerst klimaschonend. Bei Verzögerungen müssten hier Alternativen gesucht werden.

Ist sichergestellt, dass die Bauzeit eingehalten werden kann?

Eric Oehlmann: Die Bauzeit für den gesamten Südschnellweg haben wir auf acht Jahre veranschlagt. Wie schon beim laufenden, ersten Bauabschnitt, setzen wir auch künftig alles daran, diese wichtige Verkehrsverbindung so schnell wie möglich zu ertüchtigen.

Denn der Südschnellweg verknüpft als Bundesfernstraße die Kontinentalrouten A2 und A7 und dient als Entlas-

tungsstrecke für die Kontinentalroute A2. Und im städtischen Raum ist der Südschnellweg unverzichtbar für einen sicheren, klimaschonenden und zügigen Pendler-, Gewerbe- und Lieferverkehr.

Die Strecke ist also von entscheidender Bedeutung sowohl für die Abwicklung der überregionalen Verkehrsströme als auch für die Entlastung des nachgeordneten Netzes der Landeshauptstadt. Verzögerungen in der Bauzeit hätten gravierende Auswirkungen, die wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften vermeiden wollen.

Ein entscheidender Faktor hier wird sein, wie sich die Haltbarkeit der Brücken im Westteil entwickelt. Sie läuft Ende 2024 aus, die Brücken können anschließend nur noch mit sehr aufwändiger, engmaschiger Überwachung genutzt werden. Auch hier ist also hohes Tempo gefragt. Der Plan ist, dass 2029 der erste Verkehr durch den neuen Tunnel im Stadtteil Döhren rollt und parallel dazu die Arbeit im Westteil schon weit fortgeschritten ist.

Welches ist das nächste Großprojekt für die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr?

Eric Oehlmann: Gemeinsam mit den Landkreisen Emsland und Cloppenburg sowie dem Städtering Zwolle-Emsland erhöhen wir die Leistungsfähigkeit der Europaroute 233. Die Strecke verbindet die A 31 im Westen (Anschlussstelle Meppen) mit der A 1 im Osten (Anschlussstelle Cloppenburg). Länge: 83 Kilometer. Grund für den durchgehenden Ausbau auf vier Spuren ist die enorme Belastung der Straße. Dort sind auf zwei Spuren bis zu 38.000 Fahrzeuge am Tag unterwegs, der Anteil des Schwerlastverkehrs beträgt zeitweise bis zu 50 Prozent. Die Kosten sind mit 774 Millionen Euro beziffert. Das Projekt ist in acht Bauabschnitte unterteilt, die sich in unterschiedlichen Stadien der Planung befinden.

Weiter fortgeschritten ist ein Projekt in Celle. Wir befreien die Stadt und die vorgelagerte Gemeinde Groß-Hehlen vom Durchgangsverkehr der Bundesstraße 3. Hierfür bauen wir eine rund 24 Kilometer lange Ortsumgehung. Sie beseitigt Nadelöhre, erhöht die Verkehrssicherheit und Verkehrsqualität und entlastet die Wohnquartiere von Schleichverkehren. Die beiden südlichen Bauabschnitte sind fertig gestellt, der Abschnitt Mitte ist derzeit im Bau. Die beiden nördlichen Abschnitte sind in der Planung. Der Bund hat für die drei Abschnitte, die derzeit in Planung und Bau sind, 151 Millionen Euro auf Basis der Planung genehmigt. Der Auftrag zum Bau der Allerbrücke soll in diesem Jahr erteilt werden.



Eric Oehlmann, Präsident der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr



Auftragseingang im April preisbereinigt um 29,8 Prozent eingebrochen. Für die ersten vier Monate ergibt sich ein Minus von 34,6 Prozent. Bei einem Rückgang der Wohnungsbaugenehmigungen im gleichen Zeitraum von 27,3 Prozent ist das nicht verwunderlich. Die fehlenden Aufträge von heute sind die fehlenden Wohnungen von morgen. Die schon jetzt zu beobachtende Knappheit wird sich somit noch deutlich verstärken“, erläutert Müller die aktuelle Situation. Das nominale, aber auch reale Orderplus im April in den Sparten Wirtschaftstiefbau – hervorgerufen durch Großaufträge bei der Bahn – sowie Öffentlicher Hochbau hätte den starken Einbruch im Wohnungsbau und die Rückgänge in den anderen Sparten nicht ausgleichen können. Für den gesamten Zeitraum Januar bis April wiesen sämtliche Bausparten ein reales Minus aus. Müller: „Für die nahe Zukunft der Branche ist dies keine gute Entwicklung.“ Man könne es den Bauunternehmen somit nicht verdenken, dass sie ziemlich pessimistisch auf die kommenden sechs Monate schauen würden. Immerhin hätten im Rahmen des ifo Konjunkturtests im Mai 39 Prozent der Befragten angegeben, eine eher ungünstigere Entwicklung ihrer Geschäftslage zu erwarten, im Wohnungsbau wären es sogar 57 Prozent gewesen, so viele wie noch nie im Monat Mai.

STREITEN STATT BAUEN?

Bauverbände kritisieren zentrale Vorschläge zum Baugerichtstag

Seit 2018 gilt im Bauvertragsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs, dass ein Auftraggeber eine vertraglich vereinbarte Leistung grundsätzlich einseitig ändern darf. Voraussetzung dafür ist aber, dass der Versuch beider Parteien scheitert, sich über die Änderung und deren Vergütung zu einigen. In diesem Fall stehen dem Unternehmen gesetzliche Vergütungsrechte zu. Zum „Deutschen Baugerichtstag“ Mitte Mai 2023 in Hamm schlagen die so genannten „Thesen“ nun vor, den Einigungsversuch aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch zu streichen – und damit den Grundsatz „Einigen statt Streiten“. [Bauidustrie und Baugewerbe lehnen diesen Vorschlag ab.](#)

„Leider wurde den Betroffenen dieses Mal im Vorfeld nicht die Möglichkeit gegeben, zum Bauvertragsrecht im Bürgerlichen Gesetzbuch ihre Erkenntnisse und Anregungen einzubringen. Daher gehen wesentliche Vorschläge („Thesen“) an der Praxis vorbei. Probleme mit dem Einigungsgrundsatz sind uns nämlich nicht bekannt“, begründet Tim-Oliver Müller, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie, die Kritik aus der Branche.

„Dass die Vorschläge zum Bauvertragsrecht laut ihrer Begründung Anreize setzen sollen, Nachtragsleistungen und deren Bezahlung zügig zu vereinbaren, ist rich-

DEUTSCHER
BAUGERICHTSTAG e.V.



tig. Dazu passt aber nicht, den gesetzlich vorgesehenen Einigungsversuch über eine Leistungsänderung und deren Bezahlung vor einer möglichen Änderungsanordnung zu streichen und stattdessen vom Besteller zu verlangen, eine Änderung gleich verbindlich anzuordnen, ohne zu wissen, was die Änderung kostet“, so Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes.

[Ebensowenig sei Bauunternehmen zuzumuten, auf eigene Kosten die vom Besteller angeordneten Änderungen umsetzen zu müssen, ohne zu wissen, ob und gegebenenfalls, wann und wieviel sie dafür bezahlt bekommen, so die Kritik beider Hauptgeschäftsführer.](#) „Wir halten das mit den Vorschlägen verbundene Abrücken vom Grundsatz „Einigen statt Streiten“ für falsch“.

Hintergrund:

Beim Deutschen Baugerichtstag beraten Bauherren, Planer, Unternehmen, Richter, Sachverständige, Professoren und Anwälte alle zwei Jahre in mehreren Arbeitskreisen über Vorschläge („Thesen“), wie aktuelle Probleme rund um den Bau gesetzlich gelöst werden könnten.

IMPRESSUM

Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen e. V.
Eichstraße 19 | 30161 Hannover
T +49 511 34834-0 | E info@bauindustrie-nord.de

oeding print GmbH
Erzberg 45 | 38126 Braunschweig
T +49 531 48 015-0 | E info@oeding-print.de

Verantwortlich: Jan Hetebrügge
Nachdruck, auch auszugsweise gestattet.
Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.